

Schutz aktuell Initiative



JA ZUM SCHUTZ
vor Sexualisierung
in Kindergarten
und Primarschule

**Lernfreudige Kinder
nicht mit Ideologien
verstören!**



Prof. em. Dr. Gerhard Steiner
Universität Basel

Einfacher Blick auf das Lernen – ohne Ideologie

Neben äusserst fragwürdigen neuen stofflichen Inhalten im schulischen Unterricht wie dem frühen Sexualkundeunterricht ziehen weitere ebenso eigenartige Massnahmen viel Aufmerksamkeit auf sich: der Lehrplan 21 – und in diesem impliziert – das «selbstorganisierte Lernen (SOL)», der «integrative» und der «altersdurchmischte Unterricht». Es handelt sich dabei um Unternehmungen, die erstaunlich wenig wirklich freiwillige Gefolgschaft erhalten. Ihre Einführung kann vielerorts nur mit enormem behördlichem Druck realisiert werden, d.h. im Klartext mittels gelenktem

Mobbing der Lehrerschaft oder mit Einschüchterungen der Lehrkräfte durch Schulleitungen oder direkt der Erziehungsdirektionen. (Beispiele sind mir persönlich bekannt.) Das ist neu in der Schweiz und zeugt von sehr undurchsichtigen bildungspolitischen Ideologien. Eine Ent-Ideologisierung wäre einfach.

Dazu müsste man sich nur darauf besinnen, was «Lernen» eigentlich ist – ein Prozess, der genau betrachtet aus drei Teilprozessen besteht: Der erste ist das Erklären bis zum Verstehen (V), der zweite das Behalten (B) und der dritte das Abrufen aus dem Gedächtnis (A). V, B und A sind miteinander verknüpft: Der Lernerfolg ergibt sich aus dem Produkt von $V \times B \times A$. Ist einer der drei Faktoren schwach ausgebildet oder null, wird das ganze Produkt schwach oder null. Das heisst: Wenn nicht verstanden worden ist, weil schlecht oder gar nicht erklärt worden ist, wird $V = 0$, und damit der ganze Lernerfolg $L = 0!$ Dasselbe wenn $B = 0$, etwa dann wenn die Lernenden keine Zeit oder keine Gelegenheit zum Einprägen bekommen haben oder auch, wenn $A = 0$, wenn das Abrufen gar nicht geübt worden ist. Wer sich bei Lernenden, Eltern oder Lehrerinnen und

Fortsetzung Seite 3 unten

Ideologien schaden der Volksschule

Nicht auf einseitigen Ideologien oder Dogmen soll die Lehrerausbildung beruhen, sondern «auf einer richtigen und wissenschaftlich gesicherten Sichtweise des Kindes und des Lernens». Das fordert Judith Barben in ihrem neusten Buch, worin sie für eine verantwortungsvolle und ehrliche Diskussion über die Aufgaben der Volksschule plädiert¹.

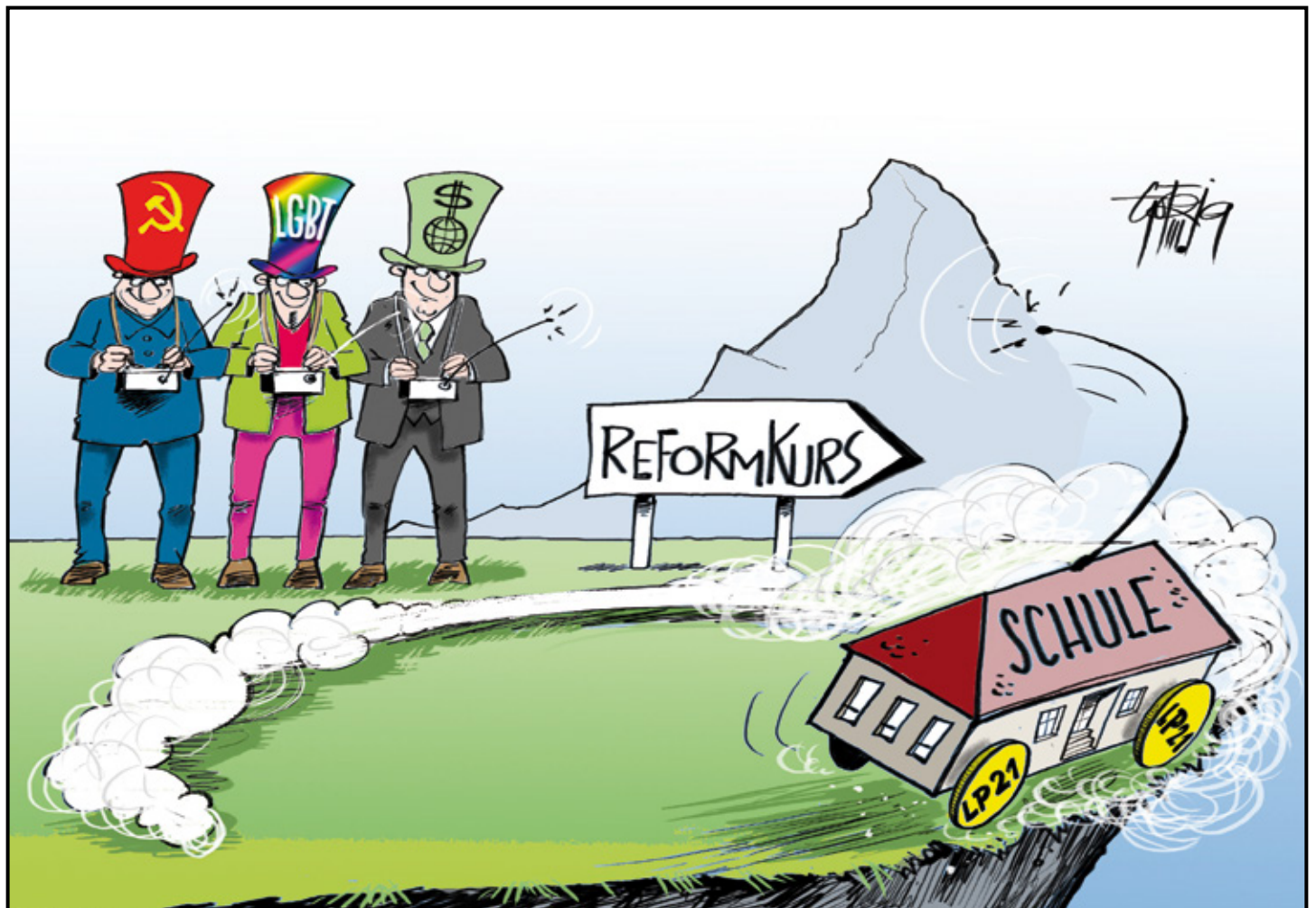
Fragwürdige Schulreformen

Judith Barben zeigt auf, wie mit Beginn der 1990er Jahre neue Theorien und Methoden auftauchten wie z.B. befremdliche Sexualkunde-Inhalte, Kuschecken in Schulzimmern, Psychospiele und Lernziele mit wertezerstörendem Inhalt. Sie spricht von einer Flut von «Schulreformen», welche als «freiwillige Schulversuche» begonnen worden waren, später aber «ohne Auswertung und ohne Diskussion als obligatorisch erklärt» wurden. Schweizweit seien weitere «Reformen» angestossen worden: Abschaffung der Noten, weg vom Klassenunterricht zur Gruppenarbeit, Aufhebung bewährter Schultypen, Einführung des Frühenglisch und Einsatz von Computern ab Schulbeginn usw.

Diktatorisches Vorgehen

Keine dieser Reformen seien von den Lehrern, Eltern oder Bürgern ausgegangen. «Alle wurden der Schule «von oben» aufgezwungen», so Barben. Damit geht sie mit dem französischen Kinderpsychiater Maurice Berger² einig, der darauf hinweist, dass für die europaweit umstrittene Reform der «Sexualerziehung»³ die Meinung der wissenschaftlichen Einrichtungen nicht eingeholt worden sei. Auch seien in Frankreich «weder die französische Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie noch der nationale Rat der Hochschulen für Kinderpsychologie angefragt worden», so Maurice Berger. Das bevorzugte Schema sei offensichtlich das folgende: «Man zählte auf den Umstand, dass die Medien und Politiker nicht die Zeit besitzen, das zu überprüfen, was man ihnen erzählt.» Und Berger fügt an, dass «die Methode der Lobbyisten immer die gleiche ist: Den Weg über «Europa» wählen, um sich durchzusetzen».

Offenbar wird auch in Frankreich von ganz oben vorgegeben, was dann ganz unten an allen Schulen an fraglicher Ideologie umgesetzt werden muss. Kritische Stimmen werden ignoriert,



e und den Kindern

lächerlich gemacht oder als «religiöse Kreise» abgetan. Auf den konkreten Inhalt der Kritik wird nicht eingegangen. Dieses Vorgehen findet man sonst nur in Diktaturen!

Treiber der Schulreformitis

Judith Barben zeigt auf, dass anfänglich vor allem Vertreter grüner und linker Parteien diese «Schulreformen» vorantrieben. So habe der damalige grüne Kantonsrat Thomas Büchi die Zürcher Erziehungsdirektion «für ihr verdecktes Vorgehen» gelobt: «Wenn wir etwas bewegen wollen in unserem Schulsystem, dann geht es nur schleichend. Die Erziehungsdirektion ist mit ihrer Guerillataktik (...) deshalb richtig vorgegangen».

Dann aber betont Barben, dass das «Rechts-Links-Schema» in bezug auf die «Schulreformen» ins Wanken geriet. Ausgerechnet der CVP-Mann und Wirtschaftsprofessor Ernst Buschor peitschte 1995 - 2003 als Zürcher Erziehungsdirektor die radikalsten «Schulreformen» durch. «Vieles davon (...) schleichend und am Volk vorbei ...», so Barben.

Solche Reformen wurden in der ganzen Schweiz auf ähnliche Art und Weise durchgedrückt.

Erfahrungen zum Lehrplan 21 – Eltern berichten

Judith Barben schrieb im Januar in einem Artikel⁴ über eine Mutter aus der Innerschweiz, deren neunjähriger Sohn im Unterricht zu einem obszönen Musikstück im «Tacata»-Rhythmus tanzen und zu Hause deswegen weinen musste. «Tacata» sei ein vulgärer Ausdruck für Sexualver-

kehr, sagte eine Spanierin der Mutter. Diese reklamierte bei der Lehrerin und dann bei der Schulleiterin, welche daraufhin schriftlich zusicherte, dass sich so etwas nicht wiederholen werde.

Die Mutter eines elfjährigen Mädchens einer anderen Schule erzählte Barben, dass ihre Tochter das Buch «Alicia geht in die Stadt» vom Kinderbuchautor Klaus Kordon lesen und einen Vortrag halten müsste. Als diese Mutter das Buch genauer anschaute, stellte sie fest, dass es trostlose Geschichten enthält, in welchen die Kinder ihren Weg aus der Armut nicht mit «Witz und Mut», sondern mittels Mord und Prostitution finden. Die Mutter reklamierte erfolgreich bei der Lehrerin, welche das Buch bestellt und nicht gelesen (!) hatte. So durfte die elfjährige Schülerin ein anderes Buch auswählen.

Barben sagt nun, dass sich solche Vorfälle seit der Einführung des Lehrplans 21 häuften und nimmt Bezug auf die Aussage in einem Zeitungsartikel. Dort erklären die Verantwortlichen des Lehrplans 21, dass dieser die Kinder auf eine «zunehmend komplexere Zukunft» vorbereite. Barben stellt nun die provokative Frage, ob «auch Zuhälter, die Frauen zwingen, sich zu prostituieren», zu dieser komplexen Zukunft gehörten. Und weiter: «Soll der «Lehrplan 21» die Schüler auf eine Welt vorbereiten, in der keine positiven Werte mehr gelten, keine Schamgrenzen respektiert werden und das Recht des Stärkeren gilt?»⁵.

¹ *Kinder im Netz globaler Konzerne, Der Lehrplan 21 als Manipulationsinstrument, Judith Barben, Eikos Verlag, ISBN-Nr. 978-3-9524324-2-6*

² Prof. Maurice Berger, siehe Nr. 21 und Nr. 22:

<https://schutzinitiative.ch/schutzinitiative-aktuell/>

³ WHO-Standards für die Sexualaufklärung in Europa

⁴ *Erfahrungen zum Lehrplan - Eltern berichten,*

Basel-Express.ch, 2/2019, S. 22 + 23, Suchwort Tacata

⁵ *ebd.*

Dr. phil. Judith Barben-Christoffel studierte Psychologie und Pädagogik an der Universität und ist seit rund 40 Jahren als Primar- und Kleinklassenlehrerin, Heilpädagogin, Psychologin und Psychotherapeutin tätig. Sie beklagt die Verschlechterung des Leistungsniveaus der Volksschule durch die vielen «Schulreformen», die seit den 1990er Jahren stattfinden. Barben schildert die negativen Auswirkungen des Lehrplans 21 und ist klar «der Meinung, dass Sexualkunde in der Primarschule nichts zu suchen hat». Ihr neuestes Buch lautet: «Kinder im Netz globaler Konzerne: Der Lehrplan 21 als Manipulationsinstrument», Eikos Verlag, ISBN 978-3-9524324-2-6

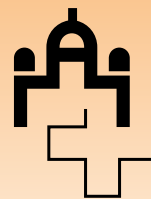


Fortsetzung von Seite 1: Lehrern heute umhört, erschrickt, wenn klar wird, dass genau die eingangs genannten schulischen Massnahmen es sind, die dazu führen, dass V oder B oder A oder gleich mehrere von ihnen gegen Null laufen – mit entsprechenden Lernerfolgen. So sieht die schleichende Erosion unseres Bildungswesens aus. Dagegen müssen wir uns mit der Abschaffung dieser Unterrichtsformen wehren.

G. Steiner

Gerhard Steiner, em. Professor für Psychologie (Entwicklung und Lernen) an der Universität Basel

Bericht aus Bern



Sebastian Frehner,
Nationalrat Basel-Stadt

Ehe für alle? – Ehe für niemanden?

Am 14. Februar dieses Jahres hat die Rechtskommission des Nationalrats beschlossen, der parlamentarischen Initiative «Ehe für alle» der grünliberalen Nationalrätin Kathrin Bertschy Folge zu geben. Damit soll es gemäss dem Willen der Rechtskommission in

Zukunft möglich sein, dass neu auch gleichgeschlechtliche Paare heiraten dürfen. Bisher stand gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft offen.

Die eingetragene Partnerschaft wurde vom Schweizer Stimmvolk im Jahr 2007 mit 58 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Damit wurde die Rechtslage für gleichgeschlechtliche Paare in diversen Rechtsbereichen jener von Ehepaaren angepasst. So war die Ehe bis dahin ein rechtliches Institut mit gewissen Vorteilen, wie etwa im Erbrecht, dem Sozialversicherungsrecht oder dem Unterhaltsrecht, das Mann und Frau vorbehalten war. Die Ehe hatte und hat aber auch Nachteile, insbesondere im Steuerrecht – Stichwort Heiratsstrafe.

Wieso also jetzt eine «Ehe für alle»? Die rechtliche Gleichstellung in den wichtigsten Rechtsbereichen ist bereits vollzogen – eine Zwängerei also? Ich meine ja, denn mit der parlamentarischen Initiative «Ehe für alle» soll der Boden bereitet werden für die Adoption von Kindern sowie eine Ausweitung der Fortpflanzungsmedizin auf homosexuelle Paare. So sagte SP-Nationalrätin Min Li Marti in einer Mitteilung ihrer Partei: «Wir fordern nun alle Parteien und Organisationen dazu auf, die Zeichen der Zeit zu erkennen und sich in der Vernehmlassung für die Ehe für alle mit dem gleichberechtigten Zugang zur Fortpflanzungsmedizin für gleichgeschlechtliche Paare einzusetzen.»

Angesichts dieser Entwicklung, dem Zugänglichmachen der Ehe für alle und damit deren Schwächung, ist es aus meiner Sicht angezeigt, einen neuen Weg zu beschreiten: Die «staatliche» Ehe gehört abgeschafft. Den Staat geht es an und für sich nämlich nichts an, mit wem ich Tisch und Bett teile. Stattdessen könnten Musterverträge Einzug halten, die das Zusammenleben regeln – damit könnte dann ein Vertrag zwischen Mann und Frau, Mann und Mann oder Frau und Frau geschlossen werden. Die Diskussion um «Ehe für alle» und die ständigen Klagen aller möglichen Minderheiten wegen angeblicher Diskriminierung gehörten damit endgültig der Vergangenheit an.



Was aber passiert mit jenen, die weiterhin heiraten möchten? Das soll weiterhin möglich sein, **jedoch nur noch in der Kirche und nicht mehr vor dem Zivilstandsbeamten**. Mit der Abschaffung der zivilen Ehe würde das Institut der Ehe damit nur noch den Kirchen vorbehalten sein. Diese entscheiden letztlich dann auch darüber, «wem sie den Segen erteilen». Dies sagt auch die Initiantin der «Ehe für alle» in ihrem Vorstoss: «Mit der

parlamentarischen Initiative wird nicht beabsichtigt, den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften vorzuschreiben, wer bei ihnen „vor den Altar“ treten darf. Sie bestimmen dies weiterhin selber.» Damit würden vielleicht sogar wieder mehr Personen kirchlich heiraten.

Sebastian Frehner,
Nationalrat Basel-Stadt

Schule Kt. Freiburg: Junger Mann darf auf Mädchentoilette

Ein empörter Vater hat den Verein Schutzinitiative kontaktiert und berichtet, es sei einem männlichen Schüler offiziell erlaubt worden, die Mädchentoilette zu benutzen und mit den Mädchen zu turnen – weil er behauptete, er fühle sich als Frau.

Der Vater, P. B., erzählte, dass seine damals 15-jährige Tochter und sein 13-jähriger Sohn die Orientierungsschule Region Murten (OSRM) besuchten, als anfangs 2018 die Lehrerin seines Sohnes eine wichtige Information des Schulleiters an die ganze Klasse weitergeben musste. Ein 13-jähriger Mitschüler sei «im falschen Körper geboren», er sei ein «Transgender». Er werde zukünftig mit den Mädchen turnen.

Der betroffene Junge meinte zum Sohn von P.B., er möchte künftig mit einem Mädchennamen angesprochen werden, was dieser und seine Kameraden «extrem komisch» fanden. Noch befremdlicher für ihn aber war, dass dieser Junge nun die Mädchentoilette benutzen durfte, welche auch von seiner Schwester benutzt wurde.

Seiner Schwester wiederum sei aufgefallen, dass der besagte 13-Jährige «plötzlich geschminkt und mit Frauenkleidern und -sandalen die Schule besuchte und in die Mädchentoilette ging». Ihre Klasse sei vorgängig nicht informiert worden.

Besonders «unangenehm und irritierend» sei es jeweils für sie gewesen, diesen Knaben im Mädchen-WC anzutreffen. Man habe jeweils gewartet bis er aus dem Eingangsbereich bei den

Waschbecken und Spiegeln herausgekommen sei, bevor man die Mädchentoilette benutzen wollte. Selbst beim Frischmachen vor den Spiegeln habe seine Anwesenheit sehr irritiert.

Der Vater zeigte sich enttäuscht, dass die Eltern nicht informiert worden seien. So würden seines Erachtens die Schulgesetze durch den Schulleiter und durch die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD) umgangen und ignoriert. Zudem sei die Intimsphäre der pubertierenden Mädchen verletzt worden. P.B. fragte sich, ob biologische Frauen keine Rechte mehr hätten: Da werde es einem Burschen erlaubt, aufgrund seines subjektiven Gefühls die objektiven Regeln des friedlichen Zusammenlebens über den Haufen zu werfen.

Der Vater wehrte sich im Mai 2018 mit einem Brief an den Schulleiter gegen die Implementierung der «Genderideologie». Dieser antwortete ihm, dass das Vorgehen mit dem Juristischen Dienst der EKSD und der Universitätsklinik in Bern abgesprochen gewesen sei. Seine Beschwerden an das Schulinspektorat, an die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport und an weitere Instanzen wurden als unzulässig abgewiesen. Er hatte aus Kostengründen auf juristische Unterstützung verzichtet.

Der Verein Schutzinitiative empfiehlt allen Betroffenen, Eltern wie Schülern, sich rechtzeitig beim Vereinssekretariat (Tel. 061 702 01 00, info@schutzinitiative.ch) zu melden, damit der Sachverhalt ähnlicher Vorkommnisse möglichst rechtzeitig, objektiv und fachlich korrekt abgeklärt werden kann.



Fabrikähnliche Schule in Murten/FR macht Gender-Experimente

REFERAT: «Zurück zur Vernunft – über das Wie und das Wohin eines christlich orientierten Engagements in Politik und Öffentlichkeit»

Der Verein Schutzinitiative lädt ein:

Am Samstag, 25. Mai 2019, 11:00 Uhr, Referat von Dr. iur. Gudrun Kugler, Nationalrätin im österreichischen Parlament, im Hotel Arte, Riggbachstrasse 10, 4600 Olten – mit anschliessendem Apéro.

Dr. Gudrun Kugler ist eine international bekannte und gefragte Referentin. Sie spricht davon, dass man nur durch persönliches Engagement in der Gesellschaft etwas verbessern kann. Sie plädiert für eine Politik der Freiheit und Selbstverantwortung auf der Basis christlicher Grundwerte. Weitere Tätigkeiten von Dr. Gudrun Kugler:

- Einsatz gegen die Christenverfolgung (www.intoleranceagainstchristians.eu)
- Gründerin der Weltjugendallianz Europa (www.wya.net) in Brüssel
- Voten im österreichischen Parlament für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Pornographie
- Engagement in der EU, UNO und OSZE seit 2001

Um Anmeldung wird gebeten an:

info@schutzinitiative.ch oder Tel. 061 702 01 00.



Dr. iur. Gudrun Kugler

EINE GUTE IDEE: Lassen Sie sich durch Ihren Sohn, Ihre Tochter oder Ihre Enkel begleiten... Es lohnt sich!

Spendenprojekt: Verein Schutzinitiative will Lehrmittel für Sexuaufklärung in Auftrag geben.

Viele Lehrmittel für den Sexualkundeunterricht weisen gravierende Mängel auf. Sie können Kinder überfordern und das Erziehungsrecht der Eltern verletzen. Fehlen gute Lehrmittel, ist es auch kein Wunder, dass Lehrer schnell einmal geneigt sind, den Unterricht «externen Experten» zu überlassen. Der Verein Schutzinitiative ist der festen Überzeugung, dass die Selbstkompetenz der Eltern gefördert werden muss, damit diese ihren Kindern Halt und Orientierung geben und Fragen zur Sexualität selber beantworten können. Doch auch die Lehrer sollten darin unterstützt werden, Fragen der Kinder zielgenau beantworten zu können, ohne diese zu überfordern.

Aus diesem Grund will der Verein Schutzinitiative ein eigenes Lehrmittel für Eltern (Teil 1) und für die Schule (Teil 2) entwickeln. An der Produktion sollen Fachleute verschiedenster Disziplinen beteiligt sein. Das Lehrmittel soll auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und ohne Einbezug von Ideologien durch professionelle Lehrmittelentwickler erstellt werden. Die Produktionskosten betragen 30'000 Franken. Der Verein Schutzinitiative ist dankbar für jeden Spendenbeitrag zu diesem so wertvollen Projekt (siehe Mitteilungsfeld beim roten Einzahlungsschein). Die Spenden für dieses Projekt werden in einem zweckgebundenen Fonds verwaltet.

Bitte unterstützen Sie den Verein Schutzinitiative! Konto: PC 70–80 80 80–1

Impressum:

Schutzinitiative aktuell erscheint 4-mal jährlich / **Abo:** «Schutzinitiative aktuell» finanziert sich durch Gönnerbeiträge. Der kostendeckende Abopreis von CHF 10.- wird nicht erhoben. / **Herausgeber und Redaktion:** Verein Schutzinitiative, Postfach, 4142 Münchenstein, Tel. 061 702 01 00, info@schutzinitiative.ch, www.schutzinitiative.ch, **Postkonto:** 70-80 80 80-1 / © **Verein Schutzinitiative** / **Bilder:** Adobe Stock: S. 1; iStockphoto: S. 4; Rest zur Verfügung gestellt / **Gestaltung:** WJP Werbeagentur AG, 4053 Basel / **Druck:** Spühler Druck AG, Rüti.

Verein Schutzinitiative, Postfach,
4142 Münchenstein
Telefon für Beratung: 061 702 01 00
www.schutzinitiative.ch
info@schutzinitiative.ch